

gesichts des über eine Million zählenden Arbeitslosenheeres ohnehin schlecht bestellt ist.

Auf dem Verfassungspapier steht außerdem geschrieben, daß niemand wegen seiner politischen Anschauung benachteiligt werden darf. Die EJerufsverbotspraxis mißachtet das gröblichst.

Sie bedeutet darüber hinaus eine eklatante Verletzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Sie befindet sich auch im Gegensatz zur Schlußakte Von Helsinki, in der sich die Teilnehmerstaaten der Konferenz zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gelanken- und Überzeugungsfreiheit bekannten, überall in der BRD haben sich Bürgerinitiativen, Arbeitskreise und Komitees gebildet, die sich - ausgehend von Fällen der Berufsverbotspraxis - die Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte zur



„Nicht, daß er meinem Sohn eine 5 gegeben hat, aber daß er sie mit roter Tinte geschrieben hat, macht ihn verdächtig!“

Zeichnung: Klaus Arndt

Aufgabe gestellt haben. Gleichzeitig wächst auch die internationale Protestbewegung in den westeuropäischen Ländern. Befürchtet wird, daß in der BRD wieder jene Kräfte und Praktiken die Oberhand gewinnen, die schon einmal soviel Unheil über unseren Kontinent brachten.

und einen Doppelmörder wie Weinhold als Helden zu feiern, Anschläge auf unseren antifaschistischen Schutzwall zu verüben und damit Frieden und Sicherheit in Europa zu gefährden.

Diese Entwicklung erhärtet die Forderung des Dokuments der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas vom Juli 1976 in Berlin, in dem es heißt: „Es ist heute notwendiger denn je, den Kampf für die Verteidigung und Entwicklung der demokratischen Rechte zu verstärken, um der wachsenden Tendenz des Monopolkapitals Einhalt zu gebieten, zu repressiven und autoritären Herrschaftsmethoden zu greifen, die die Errungenschaften der europäischen Völker und ihr Vorschreiten auf dem Wege des Friedens und des sozialen Fortschritts bedrohen.“^(1 2 3)

Dr. Anneliese Werner

Meonazis, Traditionstreffen, Bürgerkriegsübungen

ehemalige Mitglieder faschistischer Organisationen sowie Mitglieder der neofaschistischen NPD können in der BRD ungehindert ihr Unwesen treiben und hohe Ämter im Staatsapparat bekleiden. Die „Traditionstreffen“ in der Bundeswehr, bei denen in Anwesenheit ehemaliger Nazioffiziere die Traditionen der Hitlerwehrmacht verherrlicht werden, liefern beredtes Zeugnis davon ab, in welchem Geist die Soldaten in der BRD erzogen werden. Allein im November 1976 fanden 20 solcher Treffen statt, von denen das mit dem höchstlektorierten Offizier der Naziwehrmacht Rudel im Aufklärungsgeschwader „Immelmann“ nur die Spitze des gefährlichen Eisberges zeigte.

Bürgerkriegsähnliche Einsätze werden nicht nur theoretisch geplant, sondern werden unter Einsatz der berüchtigten chemischen Keule gegen Demonstranten, wie bei der Demonstration gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in Brokdorf, auch praktiziert. Ein Polizeigesetz ist in Vorbereitung, nach dem die Polizeieinheiten mit Handgranaten und Maschinengewehren ausgerüstet, das Recht erhalten sollen, gegen ihnen verdächtig vorkommende Handlungen von Personen, Gruppen und Menschenmengen Todesschüsse abzufeuern.

Die Initiatoren solcher Terrorgesetze aber erdreisten sich, von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde zu sprechen

1) W. I. Lenin, Werke, Band 5, S. 364.
2) Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag Berlin, 1976, S. 53.
3) Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa. Dokument der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. In: Neues Deutschland vom 1. 7. 1976, S. 4